

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 750 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen im Staatsgebiet, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K.A.P.D., Berlin NO 18, Landsberger-Strasse 6. Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40029. Abonnementpreis für die erste Juli-Hälfte 3000 Mk. Einzel-Exemplare erste Juli-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Österreichs 750 Mark. Nach dem übrigen Ausland 13000 Mark monatlich.

Organisationen Mörder von Ministern und Arbeiterführern hervorgegangen sind, kam es sich Proletariat für Brot und Tabak und verdient sich. Das ist parlamentarisch-revolutionär.

In der weiteren Verhandlung wird noch festgestellt, daß der „Bund für Freiheit und Ordnung“, den der Vorwärts als harmlosen völkischen Vereinigungsvorläufer hinstellte und dem Herr Sozialdemokrat Richter seine Grüne als Schutzschwache stellte, sich so ungefähr aus allen „aufgelöst“ bewaffneten Organisationsformen, Offiziersvereinen, Bund nationaler Soldaten usw. zusammensetzte. Ein Pfaffe hielt im Zirkus eine Hetzrede, Hindenburg wurde gefeiert und als Präsidentenkandidat aufgestellt. Hochrufe auf Tschow (Rathenau-Mörder) ausgebracht und „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen und für sonstige „harmlose Vergnügen“ gesorgt. Dann fragte Reichsminister Weizsäcker: Wodurch bestreitet der Bund seine erheblichen Kosten?

Geldher: Die Kosten sind nicht beträchtlich. Der Bund hat allerdings Zuwendungen erhalten.

Weizsäcker: Wer waren die Geber?

Vorsitzender: Die Frage geht zu weit. Die Geschworenen haben kein Interesse an der Beantwortung.

Selbstverständlich haben die Geschworenen kein Interesse daran, den Schleier öffentlich zu lüften. Herr Weizsäcker, der der KPD-Zentrale so nahesteht, hätte die Frage nicht stellen brauchen, wenn er seine Verbindungen ausgenutzt hätte, damit diese ihr Schweigen im Interesse der Nation zu bewahren.

Auf den Ausgang des Prozesses werden wir noch zurückkommen. — Die obigen Zitate, auch die über den „Mut“ der Herren Pfaffen stammen aus der „Roten Fahne“ vom 1. und 3. Juli.

Der Ruhrkrieg

Duisburg, 30. Juni (WTB).

Zum Eisenbahnverkehr auf der Hochfelder Eisenbahnbrücke (Es handelt sich bekanntlich um ein Attentat auf einen Urlaubsgast, Dr. R.), wird noch folgendes mitgeteilt: Die Explosion des Sprengkörpers erfolgte morgens um 1 1/2 Uhr auf der Brücke zwischen Duisburg und Rheinhausen in einem Abteil eines mit belgischen Soldaten besetzten Personenzuges, der von Duisburg kam. Es wurden ungeheure Verheerungen angerichtet. Die Waggonen flogen in Stücke auseinander und Teile des Brückengerüsts wurden abgerissen. Neun Tote und 40 bis 50 Verwundete sind bisher festgestellt. Unter den Verwundeten befinden sich Zivilpersonen. Sie wurden in das Hochfelder Marienhospital gebracht. Ob sich der Sprengkörper bereits im Zuge befand oder ob er auf den Schienen gelegen hat, ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Duisburg hat Samstag folgende Sanktionen anordnet:

Artikel I. Es werden 20 Bürger der Stadt verhaftet, die als Geiseln festgenommen werden.

Artikel II. Die Kaffeehäuser, Theater, Kinos und öffentlichen Lokale der Stadt Duisburg werden bis auf weiteren Befehl geschlossen.

Artikel III. Jeder Straßenbahnverkehr innerhalb der Stadt Duisburg ist bis auf weiteren Befehl untersagt.

Artikel IV. Der Verkehr von Automobilen aller Art und Motorrädern innerhalb der Stadt Duisburg ist bis auf weiteren Befehl verboten. Fahrberechtigt sind die Militärfahrzeuge.

Artikel V. Der Personenverkehr (Fußgänger) ist in der Stadt Duisburg von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens bis auf weiteren Befehl untersagt. Ausgenommen sind die Personen, denen auf ihren Antrag durch die Besatzungsbehörde ein besonderer Erlaubnisbescheid ausgestellt ist.

Artikel VI. Bis auf weiteren Befehl werden keinerlei Passierscheine ausgestellt, weder Fahrscheine für Personen, noch für Waren.

Paris, 2. Juli (WTB).

Havas verbreitet ein Telegramm aus Koblenz, in dem erklärt wird, die internationalisierte Rheinlandkommission habe mit dem Oberkommandierenden des Besatzungsheeres beschlossen, daß in Zukunft in jedem Zug, der in dem besetzten Gebiet verkehrt, deutsche Zivilpersonen mitfahren müßten.

Nenes Attentat bei Mainz.

Paris, 2. Juli (WTB).

Havas meldet aus Koblenz: Am Eingang zum Mainzer Tunnel seien zwei Bomben mit Zeitzählern vorgefunden worden. Von diesen ist eine explodiert, ohne daß ein nennenswerter Schaden entstand, die andere sei von einem Artillerie-Offizier unschädlich gemacht worden. Sanktionen gegen Mainzer Beamte seien veranlaßt worden.

Neben diesen Repressalien wurde eine strenge Abschneidung von unbesetzten Gebieten vorgenommen. Die Maßnahmen richten sich in ihrer Wirkung naturgemäß vorwiegend gegen das Proletariat, das man mit Hilfe gesteigerter nationalisierter Hetze vor den Wagnen des deutschen Kapitals zusammenzuzwingen sucht, bis man ihm endlich die Kadavere anlegen wird, wenn die „Verständigung“ dies bedingt. Das Ruhrgebiet ist ein brodelnder Herd, der noch viele Proletarier verschlingen wird und der Gesamtarbeiterklasse ungeheures Schaden zufügen wird, wenn sie nicht endlich versteht, daß im Kampf ausschließlich ein Kampf für proletarische Ziele und Interessen sein muß, und dies nur die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution sein kann und muß, soll das Proletariat nicht vollends verbluten und verkümmern.

Ausland Amerika

Wirtschaftlicher Imperialismus — eine Herausforderung zum Kriege.

Eine neue große Organisation in den Vereinigten Staaten der Bund für industrielle Demokratie (League for Industrial Democracy), dem viele bedeutende Großindustrielle und eine Anzahl „Volkskongressmitglieder“ der arbeitenden Klasse angehören, hat vor kurzem eine sehr bemerkenswerte Broschüre herausgegeben, betitelt die „Herausforderung zum Kriege“ (The Challenge of War). In diesem Werk werden die wirtschaftlich wichtigsten, wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus erschöpfend behandelt.

Ausgehend von dem unerschöpflichen Zerstörungsmöglichkeiten des nächsten Krieges werden die tatsächlichen ökonomischen Ursachen des Krieges ohne Umschweife anerkannt — und nicht nur die Ursachen der Meineren Kriege der letzten fünfzig Jahre, sondern auch die des oben benannten Weltkrieges. Anknüpfend werden England, Frankreich und Holland, zuletzt Deutschland und Japan in imperialistische Abenteuer verwickelt — erstens, zufolge Konkurrenz im Handel, dann wegen des Wettstreits um Erlöse aus Rohmaterial und Konzessionen und schließlich zufolge von Streit und Haß in der Bevölkerung von Kolonial- und wirtschaftlich schwächeren und wirtschaftlich stärkeren Nationen. Dem Kaufmann und besonders dem Finanzier folgten die Kriegsgelüste und die Maschinenwelle. Es wurden zu einem Grundgesetz der britischen Außenpolitik, daß die Frage

den internationalen Geldverleiher folgt und dieser Grundgesetz würde mit Genehmigung von dem anderen Auslande, den Ausbeutern und der Hochfinanz der ganzen Welt zur Richtschnur erkoren.

Während der 30 Jahre, die dem Weltkrieg vorangingen, wurden in der ganzen Welt gewaltige Bergwerke angelegt. Es waren diese Bergwerke in Süd-Afrika, Marokko, Mesopotamien und anderen Ländern, welche zu gewaltigen Brunnentöpfen im Weltgetriebe wurden, wenn die ausländischen wirtschaftlichen Interessen sind nicht nur eng mit den Industrien der großen Nationen, sondern auch mit dem Bedarf an Lebensmitteln, Rohmaterialien und Verkehrsmitteln verknüpft. Jede Konzession wurde zur Herausforderung einem anderen Staate gegenüber.

Die Herausforderung an Amerika.

Und jetzt werden die Vereinigten Staaten durch den wirtschaftlichen Imperialismus und allen seinen Folgen bedroht. Bis 1914 war Amerika ein Schmelztiegel. Es machte Antienchen bei England, Frankreich und Holland. Der Weltkrieg änderte das Verhältnis. Amerika erwarb während desselben 40 Prozent des Goldes der Welt. Amerika wurde zum Reservier von Weltkrediten. Jetzt leidet es allen Staaten Geld. Die Finanzpresse behandelt vorwiegend ausländische Wertpapiere aller Art. Besonders sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem fernen Osten tätig. Heute bemüht es sich um enorme Konzessionen in der Türkei. Die Gebiete von Haiti, San Domingo und Mexiko sind von amerikanischen imperialistischen Interessen beherrscht. Schwadronen der amerikanischen Flotte bewachen die zentral-amerikanischen Meere.

KAZ-Preis für Nr. 51 bis 54

Einzelnnummer 750.—
Abonnement für die 1. Hälfte Juli (Nr. 51—54) 3000.—
Durch die Post (Einzelnnummer) 1. Hälfte Juli (Nr. 51—54) 3000.—
Durch die Post (Bestellung von mehreren Exemplaren) 1. Hälfte Juli (Nr. 51—54) pro Exemplar 750.—

Häfen. Die Außenpolitik Amerikas stützt sich ganz auf den englischen Grundsatze: Die Flotte folgt dem Geldverleiher. Die amerikanische Flotte steht beständig den Konzeptionsjägern zur Verfügung.

Die entgültige Form des Kapitalismus.

Wirtschaftlicher Imperialismus ist eine entgültige Form des Kapitalismus. Er ist ein Ausdruck des mehr oder minder völligen Monopols im Inlande und das Bestreben, dieses Monopol nach anderen Ländern auszuweiten. Dieser imperialistische Grundsatze, das Bestreben, das Sinken der Zinsensrate im Inlande und das Steigen derselben im Auslande. Allmählich wird der Hochstand der Löhne in den amerikanischen Industrien amerikanische Unternehmer dazu führen, Betriebe in anderen Ländern, wo die Arbeitskraft billiger ist, anzulegen.

Dies bedeutet gesteigerte Hungersnot.

Amerika steht jetzt da, wo England in den schmerzlichen Jahren 1914 und 1915 stand. Die amerikanische Ueberschuldung im Jahre 1914 betrug 10 Milliarden Dollar. Die amerikanische Kapital, wofür Anlagen gesucht werden, im Inlande sind neue Anlagen kaum mehr möglich. In der Tat bedeutet das, daß die Monopolindustrien nicht weiter ausgedehnt werden können. Der Profit sinkt deshalb muß sich das Kapital andere Ausbeutungsmöglichkeiten suchen. Das ist der Ausgangspunkt eines beständigen Ausflusses amerikanischen Kapitals nach industriell entwickelten Ländern. Dieser Ausfluß von Kapital bedeutet, daß Arbeitslosigkeit im Inlande einsetzt; daß die heimischen Arbeiter mit billigeren Kräften in anderen Ländern konkurrieren müssen, das Kapital zum Bauen von Werken im Ausland verlagert werden, in anderen Worten, der wirtschaftliche Imperialismus ist nicht nur eine Bedrohung der Freiheit anderer Nationen, er ist nicht nur der wahre Hauptgrund von Krieg, sondern der Export von Kapital bedeutet auch die beständige Auswanderung der Industriellen, der Landwirtschaft und der Arbeiter aus dem Inlande.

So werden die Tatsachen der neuen Kriegsgeschichte klipp und klar von dem „Bunde für industrielle Demokratie“ geschildert. Die Quellenangaben für die verschiedenen Behauptungen sind wissenschaftlich unanfechtbar. Die Auslegung des Imperialismus ist hier tadellos. Ja, der wirtschaftliche Imperialismus ist das neueste Problem des amerikanischen Proletariats. Er ist eine große Gefahr für die amerikanische Landwirtschaft. Die Erfahrungen in England, Deutschland und Frankreich haben gelehrt, daß die Industrie- und Landarbeiter am härtesten von Imperialismus betroffen werden, nicht nur in ihrem täglichen Leben, im Betrieb und in der Familie, sondern in der wirtschaftlichen und politischen Lage der Menschenseelen und Gesundheit in den Schützengraben und Kriegszentren eines Weltgetriebs. Obgleich man wohl behaupten darf, daß die amerikanischen Arbeiter in dem Klassenkampf im großen und ganzen viel mehr revolutionären Geist und Optimismus als ihre europäischen Brüder entfalten, scheint es doch, daß vorderrhand keine großen Aussichten bestehen, den Imperialismus einzumündeln und später zum Falle zu bringen. Leider haben in den letzten zwei Jahren die schmerzlichen Erfahrungen von seitens der 3. Internationale und der russischen Sowjetregierung auf das amerikanische Proletariat, dort gerade so wie hier, die Wellen des Kommissarismus und des Opportunismus derartig hoch getrieben, so daß momentan die tapferen Scharen der wahren proletarischen Revolutionäre und Freiheitskämpfer einen sehr schweren Stand haben. Doch dort wie hier gibt es die Unermüdeten, welche keine Gefahr, kein momentaner Mißerfolg zurückläßt. Diese fröhliche Tatsache bleibt Stolz und die Hoffnung der sich vorbereitenden Weltrevolution.

Aus der Bewegung Eine Antwort der Genossen

Die „Essener“ haben auf die von einem bulgarischen Genossen veröffentlichte Artikelserie: „Berliner und Essener Richtung“ geantwortet. Die Antwort besteht in folgenden „Argumenten“. Erstens: Die „Berliner“ bitten nach der „Sozialdemokratischen“ Zeitung mit Aufleiden der „Essener“ gefüllt, die sie früher geschrieben hätten, und wären jetzt eher arme Tröpfe. Zweitens: Die Zitate wären sämtlich gefälscht, man hätte es also mit notorischen Fälschern zu tun. Drittens: Der Autor dieser Artikel wäre ein Sendboten der 3. Internationale. Und viertens bestünde in laut der eigenen Presse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Berliner „Richtung“. Nachdem sie zwei Spalten unserer Zeitung abschrieben haben, schlagen sie sich an die Brust und rufen stolz wie ein Hahn auf dem Mist aus: Wir werden weiter unseren geraden Weg gehen, man können wir ihn mitgehen will.

Nach einer solchen „Antwort“ ist allerdings jede Diskussion unmöglich. Wir gestehen, wir gestehen, daß wir einen solchen Durchschlag von Argumenten nicht entgegenzusetzen können. Wir bemerken nur, zu uns: Wir können uns in bezug auf den Inhalt unserer zweimal erscheinenden Zeitung ruhe zu das Urteil der eigenen Anhänger im Lager der

„Essener“ berufen, die uns gestanden, daß sie doch noch turnhoch über der „Essener“ steht, deren Geistesriesen noch nicht einmal fähig sind, zu den fortwährend anstehenden Fragen einen eigenen Leitartikel zu schreiben, sondern wenn es gut geht — alle Woche einmal ihr Blatt von vorn bis hinten aus Zitaten von bürgerlichen Zeitungen zusammenstopfen. Mildernde Umstände seien ihnen — hauptsächlich dem unwertigen Kämpfer, der diese Antwort verfaßt hat — deswegen zugestanden, weil sie in ihren eigenen Mist so verbleibt sind, daß ihre Eitelkeit sich bisweilen zur Borniertheit gesteigert hat, und sie gar nicht mehr fähig sind, außer der eigenen Phrasen etwas in sich aufzusaugen, was über die „Kaz“ mit der Intimität Vergleiche anzustellen. Wir haben schon einmals bemerkt, daß dies bereits geschehen ist. Den dümmen Witz, daß wir von „ihren“ (i) früheren Aufsätzen abgesehen hätten, schenken wir ihnen. Wir hatten aus demselben keine Zeit, weil wie die nachdem auftauchenden aktuellen Fragen behandeln mußten und behandeln haben.

Zweitens, der Vorwurf der Fälschung. Wir haben, so gut Nummern unserer Zeitung durchstöbert, und haben festgestellt, es uns möglich war, neben der Quellenangabe in bulgarischer Übersetzung die deutsche hinzuzufügen. Ein Vergleich wird zeigen, daß dem Sinne nach die Zitate haargenau stimmen. Grundsätzlich wollte und konnte man zu seiner „Theorie“ also nichts sagen, weil einem dieser Unbegreiflichen Tag und Nacht wie ein Alpdruck heimsucht, und so sucht man zu verbergen, schweift man zuletzt von einem Sendboten der 3. Internationale, als wenn es auf Personen ankäme, anstatt auf die Sache.

Verstehen kann man diese kindische Pöbelerei nur, wenn man bedenkt, daß sie in Nr. 16 breisichtig eine Antwort an die „Berliner“ in Nr. 21 die „Antwort“ endlich brachten, die trotz der lächerlichen Selbstüberhebung gar keine Antwort war auf die beantwortete Frage, sondern ein bloßes Geschimpfe. Man hat als fünf Wochen gebraucht, um sämtliche Nummern unserer Zeitung durchzustöbern, und hat dann an dieses Geschimpfe den mühselig zusammengekauften Beweis des „Reformismus“ darangehängt. Und wenn nicht zum Glück diese „außerordentlichen“ Umstände eingetreten wären, und man im „Kampfer“ oder „Kaz“ nicht gefunden hätte, daß Paris und Union über die strittigen Fragen öffentlich diskutiert, dann wäre auf die Frage der neuen Privatgeizguts- und Einzelpersonensuche auch nach fünf Wochen noch keine Antwort möglich gewesen. Mit einem Wort: Alle Argumente sind so gestrichelt, wie wir bewundern und nicht ganz ohne Neid den Hut ziehen, und nur einen Wunsch haben, diese Geistesriesen, die selbst behaupten, daß sie über Marx, Engels usw. ständen, möchten der Menschheit erhalten bleiben, sonst was sie ist, und was sie nicht ist.“ Wir halten einen solchen Widerspruch einerseits, eine solche unerreichte Feilheit andererseits, die nicht zählt, zu der selbst ausgebrüteten Feilheit Stellung zu nehmen, anzuzeigen, eine solche blöde Art, an den Dingen vorbeizureiten, um alles in allem als „klaren Weg“ hinzustellen, nicht nur für Geistesarmut, sondern für völligen realistischen Bankrott, und bedauern diejenigen Proletarier die sich immer noch von solch eingebildeten Hanswurstern blenden lassen.

Reformismus ist oder nicht. Wir können uns mit dieser Auffassung nicht identifizieren, und halten sie für falsch. Wir haben jedoch in der „Essener“ Kaz und im Kampfer noch keine Ausbeutung darüber gefunden. Man schwicht sich darüber eben so schön wie über die Union. Die Union was sie ist, und was sie nicht ist.“ Wir halten einen solchen Widerspruch einerseits, eine solche unerreichte Feilheit andererseits, die nicht zählt, zu der selbst ausgebrüteten Feilheit Stellung zu nehmen, anzuzeigen, eine solche blöde Art, an den Dingen vorbeizureiten, um alles in allem als „klaren Weg“ hinzustellen, nicht nur für Geistesarmut, sondern für völligen realistischen Bankrott, und bedauern diejenigen Proletarier die sich immer noch von solch eingebildeten Hanswurstern blenden lassen.

Die Katastrophe, die jetzt nach fünf Jahren Wiederaufbau in ihrer ganzen Größe und auf allen Gebieten heranzieht, wirt ihr Schatten voraus. Millionen greifen, vom Untergang bedroht, in die leere Luft der Illusionen. Das Fundament jedoch, auf dem sie stehen, schwindet unter ihren Füßen und reißt sie erbarmungslos in den Abgrund. Der Henkerstrick des internationalen Kapitals zieht sich um den Hals des deutschen Proletariats zusammen. Leben oder Sterben, so lautet das eberne Maß der Geschichte.

Mitteilungen

Berlin. Der Beitrag für die erste Juli-Hälfte beträgt für arbeitende Genossen 6000.—, für Kurzarbeiter (bis 3 Tage) und arbeitende Frauen 3000.—.

KAZ Thüringen

Zella-Mehlis. Montag, den 9. Juli, Zusammenkunft in der Wilhelmshöhe. Alles muß pünktlich erscheinen. Mitgliedskarten mitbringen.

Dienstag, den 10. Juli. Alle Objekte sowie Referenten der Jugend müssen erscheinen im bekannten Lokal. Vortrag: „Unsere Aufgaben“, Referent Genosse Freyhof. Keiner darf fehlen.

Genossen! Junge Arbeiter! Erscheint alle zahlreich zur Sommerwendfeier!

Am 7. Juli, Treffpunkt: Zella-Mehlis, Markt. Abmarsch Sonntag, abends 10 Uhr; Genossen, anschließend findet eine Propagandatur in den umliegenden Ortschaften statt. Propaganda-Material muß deshalb jede Gruppe mitbringen.

Die Bezirksleitung.

Prezisions

Von B. H. 2000; von Wend 5000; von F. M. 10.000; von F. V. 2200; von Schlüter, Hagen 2100; von Eberswalde 2200; von W. W. 3000 Mark.

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Abonnementpreis für die erste Juli-Hälfte 3000.—
Durch die Post für die erste Juli-Hälfte 3500.—

Name: _____

Ort: _____ Str. _____ Nr. _____

Quergeb. _____ Hinterh. _____ Vorderh. _____

Dieses Bestellschein bitte wir an den Verlag der „KAZ“, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im obigen Kuvert als „Drucksache“ frankiert einzuschicken.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liess, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Redakteur: Kurt Schöcher, Berlin-Brandenburg. — Druck: W. Lindemann, Berlin 9 17

Das Gebot der Stunde

Proletarier! Massen-genossen!

Laßt einmal einen Augenblick alle Phrasen, die euch eure „bewährten Führer“ in die Hirne einhämmerten, um euch durch Blindheit zur Ohnmacht zu verdammen, beiseite; überschaut einmal ganz nüchtern eure Lage und denkt darüber nach, wo der Weg, euer Weg, der Weg der Arbeiterklasse hinführen muß, wenn ihr weiter Spielball der Katastrophe sein wollt. Ihr werdet ganz von selbst erkennen, daß eure Lage hoffnungslos ist. Ihr werdet erkennen, daß euer Zorn die Verzweiflung der Ohnmächtigen ist, wenn ihr euch nicht endlich aufrafft, und selbst handelnd in die Räder geschichtlichen Werdens eingreift.

Die Katastrophe, die jetzt nach fünf Jahren Wiederaufbau in ihrer ganzen Größe und auf allen Gebieten heranzieht, wirt ihr Schatten voraus. Millionen greifen, vom Untergang bedroht, in die leere Luft der Illusionen. Das Fundament jedoch, auf dem sie stehen, schwindet unter ihren Füßen und reißt sie erbarmungslos in den Abgrund. Der Henkerstrick des internationalen Kapitals zieht sich um den Hals des deutschen Proletariats zusammen. Leben oder Sterben, so lautet das eberne Maß der Geschichte.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Alle brüllen vom Kampf, von der SPD. bis zur KPD. Sie alle, die euch mit ihrer verbrecherischen Krieges-, Aufbau- und Durchhaltepolitik an den Rand des Grabes gebracht haben. Alle, die sich im letzten Ruhrkrieg an nationalistischen Phrasen überboten. Die frech und zynisch erklären, daß sie über alle Schandtat der Regierung das „Schweigen nicht brechen“, wenn die Regierung nicht „hetzt“. Sie alle wissen, daß, wenn ihr bei der Arbeitsverweigerung verharret und euch gruppenweise für Illusionen verbittet, dieser „Kampf“ eine billige Phrase ist. Am Schluß werden sie wieder in einer wüsten Posten-jagd dasselbe Schauspiel bieten wie immer, um auf eure Kosten weiter schmarotzen zu können.

Das darf nicht sein!

Ein Schwindler und Betrüger ist, wer euch „Goldlöhne“ oder „Friedenslöhne“ als möglich hinstellt. Das Kapital kann seine Sklaven nicht mehr ernähren. Untergang in der Barbarei oder Kommunismus ist die unausweichliche Alternative! Ihr müßt den Kampf um die Macht auf der ganzen Linie aufnehmen und müßt diesen Kampf selbst führen mit revolutionären Aktionsausschüssen! Ihr müßt von den Betrieben aus, ganz gleich, ob Metallarbeiter, ob Holzarbeiter, ob Bauarbeiter usw., den Kampf aufnehmen als Klasse, und begreifen, daß nur das proletarische Klassenziel: die Eroberung der Produktion, die Diktatur des Proletariats ein Ausweg ist. Das deutsche Proletariat muß zeigen, daß es den gordischen Knoten durchhauen, den Kampf für die proletarische, für die Weltrevolution aufnehmen will. Nur dann wird es auf die Solidarität des internationalen Proletariats hoffen und rechnen können. Und nur dann wird es dem Aderlaß entrinnen, den die Gewerkschaften ihm bereiten wollen.

Der Verrat der Gewerkschaften trägt jetzt weitere lurchebare Früchte

Jetzt präsentiert das Kapital dem Proletariat die Rechnung für diesen neuen Krieg, als Strafe für seinen eigenen Klassenverrat. Und diese Rechnung bedeutet den Tod für Hunderttausende, wenn ihr die Zeiten der Zeit nicht begreift Proletarier!

Handel, das es zu spät ist!

Denkt zurück an eure Niederlagen, an den Metallarbeiterstreik 1919. Denkt an die Kette des fortgesetzten Verrats. Begreift, daß die Gewerkschaften den kapitalistischen Wiederaufbau wollen, und deshalb eure Vernichtung wollen müssen, und daß der Kampf des Proletariats über die Vernichtung der Gewerkschaften und des kapitalistischen Staates geht, und weicht nicht feige aus, vor dem, was doch kommen muß. Klassenkampf, nicht Lohnkampf! Revolution, nicht Wiederaufbau! müßt die Parole lauten.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands.
Kommunistische Arbeiter-Jugend Deutschlands.

Phrasen und Tatsachen

Eines der Hauptargumente des deutschen Kapitals nach dem Kriege war: man sei auf einen Betrug hereingefallen. Nachdem man ehrlich und aufrichtig sich zum Frieden bekannte, der Wilsonschen Botschaft Glauben schenkte, daß die Zeiten die „großen“ vorbei sein sollten, habe man sich entschlossen, die Bedingungen des Friedensvertrages, hauptsächlich die Entwaffnung durchzuführen. Man habe eben nicht an die Hinterlistigkeit und Niederträchtigkeit Frankreichs geglaubt, daß die Wehrlosigkeit eines Landes nur deswegen herbeiführen wolle, um die Voraussetzungen für fortgesetzte Demütigungen zu schaffen, um seine imperialistischen Gelüste zu befriedigen. Heute, so klagt man, wäre man gründlich belehrt. Aber eben weil dies Frankreich sich so brutal entehrt habe und Treu und Glauben in diesem Lande keine Stütze hätten, fühle man sich selbst entbunden von den auf Treu und Glauben abgeschlossenen Verträgen. Ein Wortbrüchiger hat nicht das Recht, von seinem Kontrahenten auch nach dem Wortbruch noch die Erfüllung des Vertrages zu verlangen. Daher darf der passive Widerstand auf keinen Fall aufgegeben werden vor Räumung des Ruhrgebietes, mag es biegen oder brechen. Man wisse, was man von französischen Versprechungen zu halten habe, wenn man die Waife des „passiven Widerstandes“ ebenso zutätig fortsetze, wie 1918 die Geißel.

In der Tat ist die Lage dieselbe — hoffnungslos — wie kurz vor dem Kladderatsch 1918. Denn das 1918 bessere Einsicht die Triebfeder des Abschlusses war, ist nicht wert, auch nur mit einer Zeile erwähnt zu werden. Es ist denn doch zu handgreiflich bewiesen, daß einzig und allein der völlige militärische und wirtschaftliche Bankrott den Hasardeuren, die bis zum Weißbluten die letzten Reserven auf allen Gebieten einsetzen, die Befehle diktiert, daß der offene Aufbruch schon überall emporgelange. Daß der deutsche Militarismus, der brutal und rücksichtslos auf sein Ziel losstürmt, nachdem er zu Boden geschlagen war, vor Moral und Menschheitsverehrung triefte, ist nichts überraschendes. Er ist das Wesen der bürgerlich-kapitalistischen Politik, daß sie aus der Not eine Tugend macht, und die gewaltsame Entwaffnung als selbstwertiges Pazifismus anpreist. Was soll man denn weiter machen? Die einzig mögliche Form der Politik bei dem Phrasen um den Profit besteht nach einer solchen Sachlage in dem Appell an die guten moralischen Eigenschaften des völkerveressenden Kapitalismus. Im eigenen Lande an die Beschränktheit des Proletariats. Bis die Zeit wieder gekommen ist, wo durch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse man sein wahres Gesicht wieder zeigen kann. In der Not frißt der Teufel Fleisch, und der Kapitalismus den Pazifismus.

Am 7. Juni hat die deutsche Regierung ihr Memorandum überreicht. Es wurde von Frankreich glatt abgewiesen, doch stieß Frankreich auf den Widerstand Englands und auch Italiens. Man setzte alles in Bewegung, — wenn man auch die Besetzung des Ruhrgebietes nicht rückgängig machen will — so doch, um sich bestimmte Sicherungen zu schaffen, damit dieser französische Gebietsverlust nicht ausschließlich Frankreich zugute kommen würde, sondern den Plänen des französischen Imperialismus starken Widerstand entgegen. Seine Politik läuft darauf hinaus, Zeit zu gewinnen. Die mit der Einverleibung des Ruhrgebietes verbundene ungeheure Verstärkung der militärischen Macht Frankreichs, läßt die Unterstützung des deutschen „passiven Widerstandes“ von selten Englands durchaus begrifflich erscheinen. Doch handelt es sich nicht um eine Unterstützung Deutschlands von selten Englands, um der schönen Augen der blonden Germanen willen, sondern um eine Ausnutzung des deutschen Widerstandes für die englischen Pläne. Ist das englisch-französische Kompromiß abgeschlossen, wird die Unterwerfungsohnne Rücksicht auf die deutsche Spielernärrt ebenfalls möglich sein. Man kann sich daher gestirnt auf einen neuen moralischen Enttäuschungssturm gefaßt machen über den „Verrat“ von selten Englands. Das „Gott strafe England“ wird totischer der Reform der neuen Diktatorstämme bilden.

Unter diesen Gesichtswinkel des englisch-französischen Ringens müssen die Maßnahmen betrachtet werden, die das französische Kapital anläßt. Es spürt das Ehrgefühl der bürgerlichen Welt, und steigert die Schwierigkeiten des bürgerlichen Kapitals um unerschöpflich. Es ist dies die Politik der Schaffung von fertigen Tatsachen. Die deutsche Bourgeoisie, will genau, daß das französische Kapital ein für allemal ganz Arbeit machen will mit einem Deutschland, daß sich hinterher über „Vertragsbruch“, „Friedensstörung“ und „Militarismus“

Montag, 9. Juli, abds. 7 Uhr in allen B.-O.-Bezirken von Groß-Berlin Mitglieder-Versammlungen in den Wohnbezirken

Syndikalistischer Radikalismus

Es ist deswegen nicht leicht, zu der anarchisch-syndikalistisch-pazifistischen Helmeierstellung zu nehmen, weil mit der zunehmenden Krise im syndikalistischen Lager auch die Kontinuität steigt. Das alles wäre letzten Endes noch zu ertragen. Nicht zu ertragen ist, und nicht geschwiegen werden darf, wenn der konterrevolutionäre Kurs so offen zum Ausdruck kommt, wie im „Syndikalist“ Nr. 22, wo in einem über 1% Seiten ausgewachsenen Leitartikel folgende Weisheit zu lesen ist:

Wenn die Lohnpolitik der Zentralverbände nicht so tendenziell wäre, wenn sie es wenigstens so weit gebracht hätten, wie die Gewerkschaften in Österreich; zur gleichen Lohnhöhe, das heißt der Lohnhöhe zwischen dem Ansehen der Preise und der Erhöhung der Löhne entgegenzusetzen. So aber ist ein plötzlicher Zusammenbruch unvermeidlich. Die Unternehmer und Geschäftsinhaber haben es längst zur Regel gemacht, den Preis für ihre Waren, unabhängig vom Einkaufspreis nach dem Dollarstand festzusetzen. Die Preise steigen mit dem Dollar. Wenn bei einem Dollarstand von 42.000 die Margarine 4500 kostet, so verkauft der Kaufmann aus demselben am nächsten Tage bei einem Dollarstand von 50.000 das Pfund für 6000 Mark. Hätten die Gewerkschaften sich bei ihrer Lohnpolitik ebenso eingestellt, würde der Stundenlohn von 2000 Dollar bei einem Dollarstand von 1000 sich automatisch auf 3000 Mark erhöhen, sobald der Dollar auf 8000 Mark steigt, dann könnte einer Herabsetzung des Reallohnes Einhalt geboten werden.

Diese konterrevolutionäre Aktivität hat gerade noch gezeigt, in einem Augenblick, wo der Kapitalismus selbst den dümmsten Proleten beweist, daß jede „Erhöhung“ des Lohnes Humbug ist. Aber für die syndikalistischen Wirkkräfte ist eben der Kapitalismus überhaupt kein Problem. Sie kennen nur Lohn und Arbeit und ihre syndikalistischen Prinzipien die auf eine Stabilisierung des österreichischen Massensterbens hinauslaufen. Wahrscheinlich ein guter Anfang, bei den entbremsenden Klassenkämpfen, daß demnach wenn die Gewerkschaften an dem Zustände etwas ändern können, der syndikalistische Heilmittelklub die überflüssigste Einrichtung der Welt ist, haben sie wohl noch gar nicht begriffen. Ist auch nicht schade. Wir glauben ganz bestimmt, daß die Proleten dies bald begreifen werden, oder zum großen Teil schon begriffen haben, was nach obstehendem Bekenntnis wahrhaftig nicht schwer sein dürfte.

Politische Lumpen

Eine Erklärung der Betriebs-Organisation Hennigsdorf. Der Bevollmächtigte d. D.M.V. Verwaltungsbereich Berlin, Ulrich, operierte auf der am Dienstag, den 3. Juli 1933 tagenden Funktionärsitzung mit einem Beschlusse, den angeblich die BO Hennigsdorf zusammen mit Unorganisierten gefaßt haben soll und der lautet, daß:

„Vertiz BO-Genossen zusammen mit den Unorganisierten bei Ausbruch eines Kampfes in der Metall-Industrie den Betrieb der AEG-Werke aufrecht erhalten wollen.“ Die Unterzeichneten erklären, daß dies wie immer, eine glatte Lüge ist und erklären, daß Vertreter dieser Lüge, die den Obersten der Vertrauensleute, Hans Borsch, letzterer der KPD angehört, als bewußte Lügner und politische Lumpen, innerhalb der Arbeiterbewegung, der Hans Borsch ist noch Mitglied der gewählten Streikleitung.

Für die Richtigkeit dieser Erklärung garantiert die Betriebs-Organisation Hennigsdorf. Wir bitten alle ehrlich denkenden Proletarier um weiteste Verbreitung dieser Erklärung, um Kennzeichnung dieser zwei Lumpen in der Arbeiterschaft. I. A. der Betriebs-Organisation der AEG-Werke, Hennigsdorf, Wilhelm Kunow, Paul Strade.

Diese Skrupellosität und politische Verwahrlosung ist weiter nichts, als die Verzeilung korrupter Individuen, die bei ihrer politischen Brunnenvergiftung weiter nichts, als ihre gewerkschaftliche Tätigkeit ausüben, weil der sachliche Kampf gegen die Union unmöglich, und bei solchen Schlingen ja nur der Kampf um ihre Patentreppen in Frage kommt. Wir haben die Überzeugung und den festen Glauben, daß die Proleten mit solchen Subjekten letzten Endes doch aufräumen werden. Der ganz öffentliche Verrat schon im gegenwärtigen Streik wird ein weiterer Schritt dazu sein.

Ausland

Aus der australischen Arbeiterbewegung

Vor mehreren Jahren befand sich der gesamte Regierungsapparat des Föderalstaates Australien noch in den Händen der Arbeiterorganisationen (so einer Arbeiterregierung). Die Arbeiterpartei, stützte sich auf die Trade-Union, hatte die Mehrheit im föderativen Parlament und auch in den Landesparlamenten. Durch ihre Abgeordneten und Minister führte sie u. a. auf gesetzlicher Weise ein: den Achtstundentag oder die 48stündige Arbeitswoche; ein Existenzminimum, bei dessen Erreichung die statistischen Angaben für den Lebensunterhalt eines ungelohnten Arbeiters maßgebend waren; die berühmten Schlichtungs- oder Gewerkschafts-Gesetze, die jeder registrierte Trade-Unionist auf friedlichen Wege mit Hilfe der Staatsgewalt — dieses „objektiven Richters“ — sich mit dem Arbeitgeber über Lohnfragen und Arbeitsbedingungen seines Betriebes annähernde Klärung, sowie die Abschaffung des Wehrkrieges teilte die Arbeiterpartei die Staatsgeschäfte und spielte damals eine wichtige Rolle. Sie warf 600.000 Freiwillige aus Proletarierkreisen an und schickte sie auf den europäischen Kriegsschauplatz. All dieses schenkt uns Australien, die Arbeiterpartei. Die Arbeiterkommissar und bürgerlichen Publizisten nannten dieses Land nie anders, als „das Land der sozialen Reformen“, „die Perle des Stillen Ozeans“, „das Paradies der Arbeiter“. Die Sozialdemokraten wussten nicht um Australien bis als ein Beispiel der Sozialdemokratie auch im kapitalistischen Staate sich entwickeln könne. Heute ist es anders geworden, von diesen Methoden hört man nichts mehr. Die Arbeiterpartei hat nicht mehr die Mehrheit im Parlament, und auch die Ministerposten hat sie eingebüßt. In Ozeanland hat sie nur noch eine Stimm-Mehrheit. Das Zeltlager der Großbourgeoisie (Nationale Partei) und des Großgrundbesitzes (Agrarier-Partei) ist angebrochen. Die sozialen Reformen des Arbeiterpartei haben das Föderal-Parlament, die 48stündige Arbeitswoche ist durch die

48stündige ersetzt. Der festgelegte Wochenlohn, in Höhe von drei Pfund 16 Schilling, als Existenzminimum im vergangenen Monat Mai besteht heute noch unverändert, aber nur auf dem Papier. In Wirklichkeit sind die Löhne (Metallindustrie und Bergbau um 20 Prozent herabgesetzt. Dasselbe droht auch den anderen Produktionszweigen. Die Teuerung und Arbeitslosigkeit wächst, Streiks werden verboten, dem Parlament Ausnahmeergänzungen die Kommunisten vorgelegt, die kommunistischen Propagandisten ins Gefängnis geworfen, die farbigen Arbeiter und Chinesen in den staatlichen Betrieben besitzlos ausgebeutet (sie erhalten nur 8 Schilling pro Woche), die Trusts und Syndikate machen Riesengewinne, die staatlichen Betriebe werden ausgeplündert, die spekulativen Zwecken dienenden Organisationen stark begünstigt. Der Premierminister Yew, das führende Haupt der Nationalisten, erhält in aller Öffentlichkeit ein Geschenk von einem „Unbekannten“ (25.000 Pfund Sterling) für seine Mühen auf dem Gebiete des Staatswesens.

Es ist daher verständlich, daß dies aggressive Vorgehen des Kapitals eine große Unzufriedenheit in den Arbeitermassen hervorgerufen hat. Die Arbeiterpartei aber erklärt kategorisch, sie verteidigt nach wie vor das Privatigentum, sie ist für eine „ehrliche Ausnutzung der Arbeitskraft“, „gerechte Löhne für gerechte Arbeitsleistung“ für Nichtzulassung farbiger Arbeiter nach Australien, für Verteidigung des „Vaterlandes“ usw. Obwohl die linken Elemente in der Arbeiterpartei sich nach dem Moskauer Muster zu Zellen zusammengeschlossen haben, sind sie ohne jeden Einfluß. Die Arbeiterpartei der Nationalisten, die Partei und die Gewerkschaften den Rücken. Die Parlamentswahlen im Dezember waren eine Niederlage für die Arbeiterpartei, große Massen haben sich an der Wahl nicht beteiligt. Die bürgerliche nationale Partei hat zusammen, ihre Führer sind früher die geistigen Schöpfer der Arbeiterpartei gewesen. Der Premierminister Yew, das Haupt der nationalen Partei,

gewann Einfluß im Parlament. Eine Aera der friedlichen Entwicklung des Industriekapitals setzte ein, das aus seinen Betrieben große Gewinne zog und großzügig den Sozialreformatorien der Arbeiterpartei und den Trade-Unions einige Brocken überließ.

Infolge der friedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in den letzten Jahrzehnten und der sich den gelehrten Arbeitern bietenden Möglichkeiten, selbständig zu werden, erstarrten die Trade-Unions in kleinbürgerlicher Trägheit. Ein große Rolle spielte dabei die Vorherrschaft der bürgerlichen Presse, der Kirche und der Schule. Auch heute noch hält die bürgerliche Boulevardpresse die australischen Arbeiter in ihrem Banne. Außer einigen unbedeutenden Wochenschriften und einer Tageszeitung können die Arbeiterpartei und die Trade-Unions der bürgerlichen Presse nichts entgegenstellen. Die Schulen befinden sich in den Händen miserabel bezahlter, unwissender Lehrer. Es gibt mehr religiöse Sekten und Kirchen, als Gasthäuser, Bierhallen und Sportklubs.

Die Kommunisten, Moskauer Richtung, haben nun innerhalb der Trade-Unions Zellen gebildet und wollen diese erobern, ganz wie wir es hier zur Genüge kennen. Diejenigen, die diese Taktik ablehnen, haben eigene Kampforganisationen geschaffen, z. B. „Industriearbeiter der Welt“. Die natürlich von den Zellenkämpfern als Sektierer und Verschwörungsorganisation bekämpft werden. Es wird ungeheure Arbeit und Energie kosten, die Proletarier aus der Lethargie aufzurütteln, und ihnen begreiflich zu machen, daß der Kampf um die Aufhebung des Privatigentums und die Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaft, die Eroberung der politischen Macht, ihnen nur helfen kann.

*) Ackerverbesserung durch Entwässerung.

Mitteilungen

Es genügt nicht!

Genossen, daß ihr die „Kaz.“ lest und den Inhalt richtig und gut findet.

Tausende werden noch von bürgerlichen und „sozialistisch-kommunistischem“ Kitsch verblödet.

Neue Abonnenten müssen gewonnen werden, um die Idee des proletarischen Klassenkampfes ins Proletariat zu tragen. Werke werden noch von der „Kaz.“ Treue um Treue! Sammelt für den Proleten!

Ist der Vater der Arbeiterpartei. Bis 1916 hatte er die Leitung, 1920 kam es zur Spaltung in der Arbeiterpartei, der größte Teil der Partei übertrug sich zur nationalen Partei über. Die Arbeitermassen hängen heute noch an ihrem Yew, er genießt heute noch große Autorität. Sie sehen in ihm immer noch „den glänzenden Redner, talentvollen Organisator, den frühesten Landstreicher, dem Regenschirmträger, das Idol und den Gott der Arbeiterpartei.“

Die Leiter der Arbeiterpartei können den jetzt veränderten Verhältnissen des Wirtschaftslebens ihre Taktik nicht ändern, sie halten zäh an Altem fest. Sie sehen wie das Großkapital eindringt, der amerikanische Fleischtrust, das Zuckersyndikat, die Metalltrusts und die verschiedenen Vereinigungen der amerikanischen und englischen Banken in deren Händen liegt die gesamte wirtschaftliche Australien liegt. Die Konkurrenz der englischen Waren hat die australische Industrie eingeschränkt, diese steht vor einer schweren Krise. Die Führer der Arbeiterpartei halten an den alten Praktiken fest, wie sie vor 20 Jahren waren, als das ausländische Kapital in die junge Bildung und um Konzeption dieser zwei Lumpen in der Arbeiterschaft.

Es ist wert, kurz ihre Entwicklung aufzuzeigen. Die australischen Gewerkschaften entstanden in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und wuchsen sich bald nach dem Abwahn des Goldfiebers in Newswales, als das Großkapital in Australien stießt wurde, der Grundbesitz eine starke Entwicklung erfuhr, Eisenbahnen angelegt und Städte gegründet wurden, als eine starke Nachfrage nach gelehrten Arbeitern einsetzte und die Arbeitermassen selbst von den revolutionären Ideen des Jahres 1848 durchdrungen waren, zu einer großen Macht aus. Der damalige einsetzende Kampf um den Achtstundentag usw. endete nach blutigen Zusammenstößen mit den nicht zahlreichen Regierungstruppen mit dem Siege der Arbeiter. Durch die Leichtigkeit mit der dieser Sieg erungen wurde, entstand in den Köpfen der Trade-Unionisten eine übertriebene Vorstellung von der Macht ihrer Organisationen.

Auch in den folgenden Jahren stieß der Kampf der Trade-Unions auf keine großen Hindernisse, denn es gab keinen Feudalismus, der Regierungsapparat war noch primitiv, die Bourgeoisie in ihrer Entwicklung und deshalb nicht widerstandsfähig. Ferner kam eine Konkurrenz der Eingeborenen wegen ihrer Untauglichkeit zu angestrengter Arbeit nicht in Frage, ebenso der unbedeutende Zufluss von Einwanderern infolge der weiten Entfernung zwischen Europa und Australien. Die Arbeiterpartei führte eine Konkurrenz der Eingeborenen, die infolge der durchwegs willkommener starker Zuzug von Emigranten aus Amerika in den sechziger und achtziger Jahren, während einer allgemeinen Industriekrise, wurden die Trade-Unions durch einen Streik der Seelente, der in einem Generalstreik ausartete, drohte, aus ihrer Ruhe ausgebrochen und traten den von der Regierung angeordneten Streikbrechern sogar bewaffnet entgegen. Nach dieser Zeit entstanden große Verbände der ungelohnten Arbeiter. Die linken Trade-Unions streben zur Gründung von föderativen Organisationen über. In den neunziger Jahren entstand dann die Arbeiterpartei, die sich besonders auf den Kampf ins Parlament einstellte.

Die Bourgeoisie bekam starken Zuzug vom Finanzkapital und setzte die einseitige Wirtschaftspolitik aus, um Reichtümer anzuhäufen und ihre wirtschaftlichen Positionen zu festigen. Der Grund des Bergbauwesens, der Zucker- und metallurgischen Industrie wurde gelegt, die weiten unbedeutenden Änderungen und Verbesserungen des Lebens (Angriff auf Metallorganarbeiten) in Angriff genommen. Die Arbeiterpartei

gewann Einfluß im Parlament. Eine Aera der friedlichen Entwicklung des Industriekapitals setzte ein, das aus seinen Betrieben große Gewinne zog und großzügig den Sozialreformatorien der Arbeiterpartei und den Trade-Unions einige Brocken überließ.

Infolge der friedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in den letzten Jahrzehnten und der sich den gelehrten Arbeitern bietenden Möglichkeiten, selbständig zu werden, erstarrten die Trade-Unions in kleinbürgerlicher Trägheit. Ein große Rolle spielte dabei die Vorherrschaft der bürgerlichen Presse, der Kirche und der Schule. Auch heute noch hält die bürgerliche Boulevardpresse die australischen Arbeiter in ihrem Banne. Außer einigen unbedeutenden Wochenschriften und einer Tageszeitung können die Arbeiterpartei und die Trade-Unions der bürgerlichen Presse nichts entgegenstellen. Die Schulen befinden sich in den Händen miserabel bezahlter, unwissender Lehrer. Es gibt mehr religiöse Sekten und Kirchen, als Gasthäuser, Bierhallen und Sportklubs.

Die Kommunisten, Moskauer Richtung, haben nun innerhalb der Trade-Unions Zellen gebildet und wollen diese erobern, ganz wie wir es hier zur Genüge kennen. Diejenigen, die diese Taktik ablehnen, haben eigene Kampforganisationen geschaffen, z. B. „Industriearbeiter der Welt“. Die natürlich von den Zellenkämpfern als Sektierer und Verschwörungsorganisation bekämpft werden. Es wird ungeheure Arbeit und Energie kosten, die Proletarier aus der Lethargie aufzurütteln, und ihnen begreiflich zu machen, daß der Kampf um die Aufhebung des Privatigentums und die Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaft, die Eroberung der politischen Macht, ihnen nur helfen kann.

*) Ackerverbesserung durch Entwässerung.

Mitteilungen

18. Partel-Bezirk (Ortsgruppe Grünau) Dienstag, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Gruppen-Versammlung am bekannten Ort, Eingang Uferbahn.

18. B.-O.-Bezirk. Alle streikenden B.-O.-Genossen erhalten Anskuhit im Lokal Kaiser, Adlershof, Friedenstr. 5.

Zentrum — Vortrag

Am Donnerstag, den 12. Juli findet im Lokal Weinhof, Gipsstraße, Ecke Auguststraße, die Quartalsmitgliederversammlung statt, an der alle Mitglieder der Ortsgruppe teilnehmen. (Auch auch die BO, geschlossen, die regelmäßig nur ihre Objekte delegieren.) Tagesordnung: Vortrag: „Was ist Kommunismus?“ — Wahl der Funktionäre. — Wichtig-Besprechung 1. Unterbezirk.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Veranstaltungen in der Woche vom 8. bis 14. Juli 1933. Alle Abende beginnen um 7 1/2 Uhr.

Montag, den 9. Juli 1933.

Gruppen- und Betriebsobekte: Am Ostbahnhof 17. Vortrag: „Goldlöhne für die Jugend — wie müssen wir kämpfen.“ Jugendbetriebsarbeit. Auch die Jugendvertreter aus den Unionsbezirken müssen erscheinen.

Dienstag, den 10. Juli.

Gruppe Ostsee: Jugendheim, Am Ostbahnhof 17. Vortrag: „Offentlicher Gruppenabend.“ „Goldlöhne für die Jugend?“

Gruppe Britz: Organisatorischer Abend.

Gruppe Copenick: Bei Helland, Schönlinde Straße. Vortrag: „Zur Geschichte der russischen Arbeiterbewegung.“

Mittwoch, den 11. Juli.

Offentliche Gruppenabende.

Charlottenburg: Jugendheim, Wallstraße 76.

Norden: 225. Schule, Böttgerstraße.

Neukölln: Jugendheim, Schule, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Thema: „Goldlöhne für die Jugend.“

Donnerstag, den 12. Juli.

Offentliche Gruppenabende.

Britz: Jugendheim, Rathaus, Chausseestraße.

Copenick: Adlershof, Lokal Kaiser, Friedenstraße. Thema: „Goldlöhne für die Jugend.“

Freitag, den 13. Juli.

Gruppe Ostsee: Gemeinamer Gruppen-Abend mit der KJ. Lichtenberg. Diskussion über politische Tagesfragen. Jugendheim, Lichtenberg, Dossestraße.

Presselösung

Von Krüger, Berlin 400; von Strach, Pankow 1250; von Sa, Jena 2000; von K. H. 1200; von E. Schm. 10.000; von Hülse 1000; von BO-Versammlung Hennigsdorf 14.800; vom 9. Unterbez. 1. Abt. 20.000; von Eberswalde 4000 Mark.

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Abonnementspreis für die erste Juli-Hälfte 3000.

Durch die Post für die erste Juli-Hälfte 3500.

Name: _____

Ort: _____ Str. _____ Nr. _____

Querbez. _____ Hinierl. _____ Vorderl. _____

Dieser Bestellschein gilt nur an den Verlag der „KAZ“, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kover als „Drucksache“ frankiert anzukommen.

Verantwortliche Redakteur: Arthur Eber, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Editor: Karl Seckert, Charlottenburg. — Druck: W. Jendrasch, Berlin 9 17

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Post-Organisationen, im Straßenshandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K.A.P.D., Berlin NO 18, Landsberger-Straße 6. Redaktions- u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—4 Uhr. Sonntags geschlossen. Postachtkonto: Berlin NW 7, Nr. 48029. Abonnementpreis für die erste Juli-Hälfte 3000 Mk. Einzel-Exemplare erste Juli-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Österreich 8000 Mark. Nach dem übrigen Ausland 12000 Mark monatlich.

Z Metallarbeiterstreik „Ein geschichtlicher Wendepunkt“

Diesen „geschichtlichen Wendepunkt“ umschreibt der „Vorwärts“ vom Dienstag, den 10. Juli (Abendausgabe) folgendermaßen:

Die Einigung, die gestern im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertretern der Metallbetriebe und den Metallarbeitern erzielt worden ist, bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Lohnkämpfe. Wenn wir es genau betrachten, dann bedeutet es die Rückkehr zu den Lohnkämpfen der Friedensperiode. Wenn die Nativität der deutschen Proleten ebenso groß ist — ob so groß, ist zweifelhaft, jedenfalls ist sie sehr groß — wie die Unverfrorenheit der „Vorwärts“-Trabanten, dann zehren zwölf Millionen Hände nach dem Rezept, das sie von dem Alpenrind der Revolution befehlt. Auch wir müssen dann unseren Irrtum einsehen, der demnach darauf beruhte, daß es immer weiter abwärts geht, und nur die revolutionäre Lösung übrig bleibt. Bei der „geschichtlichen Bedeutung“ der Sache dürfte es daher wohl angebracht sein, das Rezept wirklich zu bringen. Man lese:

„Die bürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Reichstag haben, alle Anträge unserer Genossen abgelehnt haben, da durch die himmelschreiende Schuldenwirtschaft des Reiches die Mark immer mehr in Verfall geraten muß, bleibt der Arbeiterschaft zunächst nur ein Weg, um die Bedrohungen unserer Wirtschaft und unserer Finanzen herbeizuführen: die Unternehmung zu zwingen, die Spekulation auf die Entwertung der Löhne einzustellen durch Versteigerung von wertvollen Löhnen.“

Man kann dagegen einwenden, daß ein derartiger Gesundheitsprozeß im Interesse der Kapitalisten und der kapitalistischen Produktion selbst liegt. Daß unsere Wirtschaft bereits auf einem Stand heruntergebracht ist, wo sie trotz Markentwertung, Steuererhöhung und Hungerlöhnen unmittelbar den Zeitpunkt vor Augen sieht, wo sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein wird. Die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft und unserer Produktion ist durch das bisherige Spekulationsystem aufs schwerste gelähmt. Wenn hier nicht eine Umkehr eintritt — und es ist wirklich keine Zeit zu verlieren —, dann haben wir mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu rechnen, dessen Folgen sich gar nicht ausdenken lassen.

Da es die Arbeiterschaft ist, die unter den Folgen eines derartigen Zusammenbruchs am schwersten zu leiden hat — und wir haben dies besonders in Russland gesehen —, so hat auch die Arbeiterschaft ein Lebensinteresse daran, daß wir wieder zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Sie hat ein Lebensinteresse daran, daß sowohl dem Lohnkämpfer wie dem Steuerbetriebe ein Ende gemacht wird. Dem Steuerbetriebe ein Ende zu machen, alle Steuern, nicht nur die Steuern der Arbeiterschaft, die auf den Verbrauchermassen lastenden Zölle und die Umsatzsteuer wertlos zu machen, dazu wird der Staat in dem Augenblick gezwungen sein, in dem er auch seinen Besitztum, Anstellungen und Arbeiter wertlos zu machen will. Hier liegt die große geschichtliche Bedeutung des Ergebnisses des Berliner Metallarbeiterstreiks.“

Wir bringen diesen hanebüchenden Blödsinn beliebtlich nicht, um gegen die Gewerkschaften oder den „Vorwärts“ zu polemisieren. Aber jeder Proletarier mit seinem gesunden Verstand, wird uns bestimmen müssen, wenn wir bemerken, daß wenn zur Begründung einer Politik, deren Bankrott an sich schon ganz offen zutage liegt, solche Blödsinnigkeiten aufzufahren werden müssen, so muß es wahrhaftig schon sehr weit gekommen sein. Die Wirtschaft in einem kapitalistischen Zustand; an eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt gar nicht zu denken, trotz der Hungerlöhne. Das Kapital heißt Stände, infolge seines Profitbedürfnisses, dem Zusammenbruch Einhalt zu gebieten, Reparationen, innere, Söldner steigen ins grenzenlose. Was liegt also außer als — ja, daß die Arbeiterschaft den „Wertbeständigen“ erkläre, die Kapitalisten von Hinterrücken zwingt, vernünftig zu wirtschaften, damit sie ihrem eigenen Untergang entgegen strömen, weil der Zusammenbruch — daß wir ja das allerdings nicht verzeihen — die Arbeiter noch schwerer trifft, als die Kapitalisten. Kann es ein einfacheres Rezept geben, „zu den Lohnkämpfen der Friedensperiode“ zurückzukehren? Es ist einfach, und tut nicht weh. Man braucht nur mit der übigen Partei Dummheit ausgerüstet zu sein, um diesen Stimpfsinn zu glauben, und alles ist in allerhöchster Ordnung.

Zum glauben sind auch die Gewerkschaftsgrundrindungen allerdings die Proleten da, die in gewerkschaftlicher Disziplin

Kommunistischer Widerstand der deutschen Wirtschaft

Die Reichstagsfraktion der KPD hat einen Gesetzentwurf zur Erlassung der Sachwerte im Reichstag eingebracht, nach dem die Parole der Erlassung der Sachwerte über ein Jahr lang dem Proletariat als der Weisheit letzter Schluß eingeklamert worden ist. Es ist sehr bedauerlich, daß dieser Entwurf gerade in der augenblicklichen Situation eingebracht wird. Die KPD hält es jetzt für die dringendste Aufgabe, daß eine „sofortige“ grundlegende — Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik durchgeführt wird. Sie begründet sie damit, daß die bisherige auf großkapitalistische Interessen zugeschnittene und durch bürokratische Organe durchgeführte Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches bankrott gemacht hat. Die leitenden Gesichtspunkte sollen sein, daß alle Einzelmaßnahmen ausschl. auf die Interessen der werktätigen Massen zugeschnitten sein müssen, die mit dem Interesse der Gesamtwirtschaft zusammenfallen.

Die dem Gesetzentwurf gegebene Begründung spricht deutlicher als alle bisher von der KPD in die Massen hineingeworfenen Parolenbündel für die ungeheure Verarmung der kommunistischen Partei. Es ist damit das glatte Eingeständnis gegeben, daß auch die KPD in der letzten Situation nur einen kapitalistischen Aufbau für möglich hält. Sie will den bisherigen großkapitalistischen Interessen, die proletarischen Interessen entgegenstellen. Sie verlangt, daß das Kapital ganz dann entschlossen sei, die Interessen der Arbeiterschaft ausschlaggebend sein zu lassen.

Der Zweck der Uebung ist, eine gesunde nationale Wirtschaft aufzurichten. Es wird ausdrücklich erklärt, daß die Kapitalisten abhandeln müssen, weil sie „das nationale Interesse der Arbeiterschaft preisgegeben haben.“ Es darf dabei keineswegs verschwiegen werden, daß die KPD beabsichtigt, die Durchführung des kapitalistischen Umbaus Organe der werktätigen Bevölkerung zu übertragen. „Es wird wirklich der Arbeiterschaft viel zugemutet. Sie soll anstelle des proletarischen Anflans den kapitalistischen Aufbau durchführen. Es ist dies die wästelste Reformismus. Der Staat wird als Vertreter der Gesamtwirtschaft angesehen und das Proletariat als Vollstrecker des staatlichen Willens. Diese Paarung von Nationalismus und Reformismus liegt durchaus in der „revolutionären Linie“. Wenn auch die Antragsteller betonen, daß die gegenseitige Regierung ihren Vorschlag nicht durchführen wird, und wenn sie auch vorher ein grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation für notwendig halten, so ändert dies doch nichts an der Tatsache, daß die KPD die wirtschaftliche Bevölkerung für die „Erhaltung der nationalen Existenz und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einspannen wollen. Zum Schluß kommt noch die biblische Drohung, die diesmal in Kühnheit aller bisherige faschistische Überbrille. Sie erklären mit emporehobenem Zeigefinger, daß nur dieser Weg das Kapital vor einer Revolution retten kann. Es ist der größte Hohn der Weltgeschichte, daß die KPD sich als Reiter des Kapitals aufspielt. Die KPD nimmt jetzt bewußt die Stellung ein, welche die SPD vor der November-Revolution innegehabt hat. Wie damals die SPD die Rettung der Monarchie in dem Elitritt von hervorragenden Führern in die Reichsregierung sah, so erblickt jetzt die KPD in der Bildung einer Reichsregierung das Alibi, um sich gegen eine proletarische Revolution. Soweit ist es mit der KPD gekommen.

Neben dieser theoretischen Festlegung der KPD auf den kapitalistischen Wiederaufbau interessieren noch die Mittel, die die KPD ansetzt. Die Grundtendenz ist die Anknüpfung an die Wirtschaft eines „ökonomischen abstraktionismus“ bei Nach diesem Schema soll auch der Wiederaufbau durchgeführt werden. Deshalb schlägt der Gesetzentwurf vor, daß die Sachwerte der werktätigen Massen betragt bis zwei Prozent. Eine 1% Minderheit, die für Satzungsänderungen erforderlich ist, zu wählen den ersten KPD-Lenten als es umgekehrt. Das Proletariat kann im Reichstag nur verstanden, daß in die letzten Unversichert über das Kapital hat, denn das Kapital und dem Proletariat erhalten. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Beteiligung nur an solchen Unternehmungen erlaube soll, deren Verkaufswert mehr als 100.000 Goldmark betragt. Wenn man bedenkt, daß eine Million gleich 100 Goldmark ist, so liegt die Expropriation bei einem Wert von 100 Millionen Goldmark an, wobei natürlich primäre dem Lohn